

Die Entstehung der bayerischen Gemeinden mit Blick auf die Gemeinde Hausen sowie deren Altgemeinden Großmuß, Hausen und Herrnwahlthann.

Kapitel 3: Vom Ende der guadn oidn Zeit in Bayern, Weltkriegen bis zur kommunalen Gebietsreform

1907/8 wurde die Schule neu gebaut. 1911 wurde auf Initiative des Lehrers Alois Oswald die öffentliche Wasserversorgung in Hausen durchgeführt.



Die Schule in Hausen in den 1950er-Jahren. Im oberen Stockwerk war die Dienstwohnung des Lehrers mit Familie untergebracht. Eine Reihe von Umbaumaßnahmen und Erweiterungen erfolgten über die Jahrzehnte. Im linken Anbau war die Gemeindekanzlei untergebracht.

Mit dem Beginn des I. Weltkrieges endete die sogenannte „guade oide Zeit“

Am 01. August 1914 erfolgte die Mobilmachung. Kriegserklärungen erfolgten. Der erste Weltkrieg beginnt und wenn es die „gute alte Zeit“ gegeben hat, dann war sie jetzt vorbei. Es wurde ein schneller Sieg vorausgesagt. Den ins Feld ziehenden jungen Männern und der Bevölkerung wurde Siegeszuversicht vorgegaukelt. Über 1, 8 Millionen Tote, 4,3 Millionen Verwundete und 4 Millionen Kriegsverstümmelte forderte in Deutschland der verlorene Krieg. Auch von den Altgemeinden Großmuß, Hausen und Herrnwahlthann forderte der Krieg seinen Tribut.

Die morsch gewordene bayerische Monarchie musste im November 1918 weichen und dem neuen Freistaat Bayern Platz machen. Auf einer berühmten Karikatur ist der bayerische König Ludwig III. zu sehen, wie er am Spätnachmittag des 7. November 1918 während seines gewohnten Spaziergangs im Englischen Garten von zwei Männern angesprochen wird, die ihm einen guten Ratschlag erteilen: „Majestät, genga S' heim, Revolution is!“ Angeblich soll sich die Szene tatsächlich so abgespielt haben.

100 Jahre Freistaat Bayern

Kurt Eisner von der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) stand an der Spitze der revolutionären Bewegung. Er rief die Republik Bayern als Freistaat aus. Damit begehen wir 2018 in Bayern zwei große Jubiläen: 100 Jahre Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat.

König Ludwig III. hatte sich auf Anraten seiner Minister, die um seine Sicherheit fürchteten, noch in der Nacht aus dem Staub gemacht. 1919 wurde Eisner von einem Studenten erschossen. In der Folge verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen Anhängern einer parlamentarischen Demokratie und denen einer sozialistischen Räterepublik. Gegen eine in München zwischenzeitlich ausgerufene Räterepublik formierten sich nationalistische Freikorps- und Reichswehrverbände. Bis Mai 1919 war die Räterepublik besiegt und blutig niedergeschlagen. In Bayern hatten von da an rechtskonservative, nationalistische und antisemitische Kräfte das Sagen. Ein Umfeld, in dem Adolf Hitler und seine NSDAP in den 20er Jahren Fuß fassen konnten.

Reformen von 1918/19 und Gemeindeordnung von 1927

Im Rahmen des Reformprogramms von 1918/19 wurde der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung in Angriff genommen. Das Gesetz über die gemeindliche Selbstverwaltung vom 22. Mai 1919 schuf eine einheitliche rechtliche Basis für Bayern und die Pfalz und schränkte die Staatsaufsicht ein.

Die Gemeindeordnung vom 17. Oktober 1927 ordnete das Kommunalrecht neu und fasste es zusammen. In Hinblick auf die spätere Entwicklung ist die zentrale Stellung des Gemeinderats und damit eines starken demokratisch-repräsentativen Elements hervorzuheben (Art. 16: „Der Gemeinderat vertritt die Gemeinde und verwaltet ihre Angelegenheiten.“) Die Rechte des Bürgermeisters wurden schon 1927 gegenüber den Regelungen von 1919 wieder gestärkt („modifiziertes Ratsystem“).

Gleichschaltung nach 1933

Die nationalsozialistischen Gleichschaltungsgesetze ab 1933 beendeten eine Phase der positiven Entwicklung in der kommunalen Selbstverwaltung. Von 1935 bis 1945 galt in Bayern wie im ganzen Deutschen Reich die Deutsche Gemeindeordnung (30. Januar 1935), die der NSDAP entscheidenden Einfluss im kommunalen Bereich sicherte und dem ernannten Bürgermeister die gesamte Verantwortung für die Gemeindeverwaltung übertrug. Die durch Parteibeauftragte ausgewählten Gemeinderäte, die in den Stadtkreisen die Bezeichnung „Ratsherren“ führten, hatten nur mehr beratende Funktion. Der Staat schaltete die Tausende und Abertausende von Vereinen zwischen Flensburg und Kufstein gleich. Ob Kaninchenzuchtvereine oder Trachtenvereine, ob Schützengilden oder Krieger-, Burschen- oder Obstbauvereine – sie mussten sich alle organisatorisch nach dem Führerprinzip ausrichten. Der Vorsitzende war nun ein „Führer“ und regelte das Vereinsleben.

Am 1. 12. 1941 lies die Kreisleitung in Kelheim in der Schule Hausen und während der Weihnachtsferien in Großmuß, Herrnwahlthann und Schneidhart die Kreuze aus den Schulen entfernen.

Nach der Machtübernahme wollten die Nazis die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Viele Menschen konnten beispielsweise im Autobahnbau beschäftigt werden. Auch viele aus Hausen, Großmuß und Herrnwahlthann fanden hier Arbeit. Ein Barackenlager wurde gebaut für auswärtige Arbeiter. Später wurden darin Kriegsgefangene untergebracht. Der Autobahnbau wurde kriegsbedingt ab 1941 schrittweise eingestellt.

Während der letzten Kriegsjahre kam der Schulunterricht zum Erliegen. Der Schulbetrieb konnte in Hausen erst 1946 im Herbst wieder aufgenommen werden.



Bau der RAB auf der Höhe von Großmuß. Das Foto von 1939 zeigt, dass neben einer Feldbahn auch ein Bagger für die Trassierung eingesetzt wurde. Im Hintergrund, etwa in der Bildmitte, erkennt man den Ziegeleierturm von Großmuß.

Direkten Kriegsauswirkungen waren die Ortschaften ebenfalls noch kurz vor Kriegsende ausgesetzt. Sprengbomben wurden über dem heutigen Gewerbegebiet abgeworfen, die aber diesmal bis auf zersplitterte Fensterscheiben keinen weiteren Schaden anrichteten. Zu Beginn 1945 gab es fast täglich Fliegeralarm. Bomben trafen die Ortschaft Teugn, Hausen gleich einem Heerlager. US-Jagdbomber besaßen die Luftherrschaft. Hausen und Herrnwahlthann wurden mit Phosphorgranaten angegriffen. Scheunen und Häuser brannten. Auch in Großmuß bestanden noch zwei SS-Stützpunkte, die die vorrückenden Amerikaner am Vormarsch hindern wollten. Die Folge war ein verstärkter Beschuss der Ortschaft.

Das Jahr 1945 wurde zur „Stunde Null“, ein Neuanfang „vom Nullpunkt her“. Nach der militärischen Besetzung Bayerns bestimmte fortan die amerikanische Militärregierung die rechtlich-politischen Leitlinien bis ins alltägliche Leben hinein. Die Alliierten setzen Bürgermeister und andere Funktionsträger für die Verwaltungen ein. Diese mussten nach deren Vorgaben arbeiten und hatten wenig eigene Spielräume.

Flüchtlinge und Heimatvertriebene ließen die Einwohnerzahl in die Höhe schnellen. Es begann die Not der Nachkriegszeit.

1946 wurde der Freistaat Bayern wieder errichtet. 1948 gab es eine Währungsreform. Die DM wurde eingeführt und somit die Reichsmark ungültig.

Die BRD wird gegründet

Die Gründung der Bundesrepublik erfolgte 1949.

Die Gaugliederung der Nazis wurde aufgehoben. Der Wiederaufbau der politischen Strukturen begann. Die Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern blieben noch vereint.

Die Bauruine des Autobahnbaus blieb. Die Verbindung nach Langquaid war für Jahrzehnte unterbrochen. Mit den Versprechen der politischen Verantwortlichen eine Lösung herbeizuführen, hätte man viele Straßen pflastern können. Erst 1985 wurde die A93 von Regensburg zum Anschluss Holledau fertiggestellt.

Gemeindeordnung von 1952 und weitere Entwicklung

Die Gemeindeordnung von 1952 behielt die bewährten Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung bei und stellte die frühere Rechtslage wieder her. Die Entwicklung der Gemeindeverfassung seit 1952 ist gekennzeichnet von einer Angleichung der Rechtsverhältnisse von Stadt und Land, der schrittweisen Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und dem Ausbau der demokratischen Strukturen.

Alle Gemeinden haben eine Ratsverfassung: Hauptorgane der Gemeinde sind die von den Gemeindebürgern direkt gewählte Gemeindevertretung (Gemeinderat, Stadtrat) und der ebenfalls direkt gewählte Bürgermeister (Oberbürgermeister). Unterschiede zwischen Stadt- und Landgemeinden bestehen nur noch in der Benennung der Gemeindeorgane.

Gebietsreform ab 1971

In den Jahren 1971 bis 1980 wurde im Freistaat Bayern eine Gebietsreform durchgeführt und brachte große Veränderungen mit sich. Durch größere Verwaltungseinheiten, also Gemeindezusammenführungen sollte eine effizientere Arbeitsweise erreicht werden. 1971 haben Beratungen wegen der Eingliederung der Gemeinden Herrnwahlthann, Großmuß, Einmuß und Schneidhart begonnen. Ende des Jahres wurde beraten, ob eine Eingemeindung in die Großgemeinde Langquaid erfolgen soll. In der Bürgerversammlung am 30. August stimmten 23 Bürger für eine Eingemeindung nach Langquaid, 35 waren für eine Verwaltungsgemeinschaft.

In der Verwaltungsgemeinschaft Langquaid haben sich dann drei benachbarte Gemeinden zur Erledigung ihrer Verwaltungsgeschäfte zusammengeschlossen. Das sind die neue Gemeinde Hausen, Herrngiersdorf und Langquaid. Schneidhart gliederte sich nach Langquaid ein.

Bei der Gemeindegebietsform wurden zum 1. Januar 1978 die bisher eigenständigen Gemeinden Hausen, Herrnwahlthann und Großmuß zur Gemeinde Hausen zusammengefasst.



Großmuß in einem Luftbild von 1959. Damals war der Ort noch eine eigenständige Gemeinde.

Bürgermeister

Die rechtliche Stellung der bayerischen Bürgermeister wurde mehrfach neu definiert. Erhielten die Bürgermeister mit der Gemeindeordnung von 1869 eine starke Stellung, wurde dies 1919 deutlich zurückgenommen. Das NS-Regime wies dem Bürgermeister 1935-1945 die alleinige Leitung der Gemeinde nach dem Führerprinzip zu.

Gemäß der bayerischen Gemeindeordnung von 1952 ist der Bürgermeister Leiter der Verwaltung und Vorsitzender des Gemeinderats und hat damit eine anspruchsvolle Doppelrolle.

Zusammenfassung

vor 200 Jahren wurde der Grundstein für das Recht der Gemeinden auf Selbstverwaltung gelegt und immer wieder nachgebessert und aktualisiert. Eine fachliche, staatliche Aufsicht durch die Regierung und Landratsamt besteht jedoch bei bestimmten Aufgaben. Dabei gibt es freiwillige und Pflichtaufgaben.

Örtlicher Straßenbau, Beleuchtung, Schule, Feuerwehr sind Beispiele für Pflichtaufgaben.

Allein aus diesen Beispielen erkennt man immerwährende zu bewältigende Aufgaben, die meist sehr kostspielig sind. Man denke nur an die Sanierung von Straßen, Erweiterungen und Einrichtungen der Schule und des Kindergartens (Kita) oder an notwendige Ausstattung der Ortsfeuerwehren.

In der Vergangenheit musste die Kanalisation und Wasserversorgung gelöst werden, die regelmäßig zu Bürgerprotesten bezüglich der Kosten führen. Bauvorhaben erhitzen oftmals die Gemüter. Auch diesbezüglich wird in der Zukunft weiterer Handlungsbedarf bestehen.

Auch die geplante Großmülldeponie vor Ort in den 1990er-Jahren war eine Herausforderung für die Gemeinde und Bürger.

Köppl, Mai 2018

Verwendete Literatur:

Gerald Huber, Kleine Geschichte Niederbayerns; Historisches Lexikon Bayerns; Regierungsblätter des Königreichs Bayern; Bernhard Löffler, Das Jahr 1945: Kriegsende und Neubeginn in Bayern; Emma Mages, Gemeindeverfassung (19./20. Jahrhundert); Marcus Junkelmann, Montgelas u. v. m.